



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitbestimmung von Studierenden und SchülerInnen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt die Forderungen von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden für eine Verbesserung der aktuellen Situation an den Schulen und Hochschulen des Landes und für mehr Mitbestimmung.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine verpflichtende Beteiligung der Landeschülervertretungen bei Schulreformen sowie der Studierendenvertretungen bei Hochschulreformen sicher zu stellen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die stärkere Autonomie an Universitäten, Fachhochschulen und Schulen mit verbesserten Mitbestimmungsmöglichkeiten, beispielsweise bei den Lehrinhalten, für SchülerInnen und Studierende zu verbinden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Möglichkeiten für eine positive Anrechnung ehrenamtlichen Engagements von SchülerInnen und Studierenden innerhalb und außerhalb der Bildungsinstitutionen zu prüfen und damit Anreize zu schaffen, sich trotz steigendem Prüfungs- und Lernstress für ein gutes Bildungssystem zu engagieren. Hierzu gehört eine ausreichend finanzielle Ausstattung von Asten und Schülervertretungen.

Begründung:

Gute Bildung wächst von unten, deshalb muss mehr Autonomie für Universitäten und Hochschulen zentraler Bestandteil der Bildungspolitik in den kommenden Jahren sein. Demokratie lebt von Beteiligung, deshalb muss die Mitbestimmung im Bildungssystem gestärkt werden. SchülerInnen und Studierende brauchen mehr Entscheidungskompetenzen und angemessene Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement.

Die Situation in den Schulen und Hochschulen des Landes ist verbesserungswürdig. Die Studierenden und SchülerInnen leiden durch die Verkürzung der Schulzeit und Klausurendruck unter Prüfungsstress. Schlecht ausgestattete Schulen und Universitäten, sowie die Einschränkung der Wahlfreiheit führen darüber hinaus zu berechtigtem Frust bei SchülerInnen, Studierenden und Lehrenden. Beteiligung bedeutet, dass die handelnden Akteure durch ihre Praxiserfahrung Verantwortung übernehmen. Von dieser Praxiserfahrung profitiert die Landespolitik.

Rasmus Andresen
und Fraktion